

Gegner fordern: Investor soll Pläne für die Kuhheck aufgeben

Windkraft BUND und Bürgerinitiative reagieren auf Richterspruch

■ **Marienhausen.** Die BI „Rettet die Kuhheck“, die Naturschutzverbände BUND, Nabu und GNOR sowie die Gemeinden Freirachdorf, Mündersbach und Roßbach fordern in einer gemeinsamen Stellungnahme zur Entscheidung des Obergerichtspräsidenten Koblenz den Investor, die EAP EnBW Altus Projektentwicklungsgesellschaft Karlsruhe, dazu auf, die Windkraftpläne für die Kuhheck endgültig aufzugeben.

Wie die RZ berichtet hat, darf der Investor vorerst keine Windräder in der Marienhauser Exklave errichten. Die Richter haben das öffentliche Interesse am Artenschutz

über das Interesse des Investors, Anlagen schnell hochzuziehen, gestellt. Weil das OVG zudem die Auffassung der Gegner bestätigt habe, dass eine „vergleichsweise geringe Windhöffigkeit“ keinen wirtschaftlichen Betrieb der Anlagen erwarten lässt, „handelt es sich unseres Erachtens auch um einen Verstoß gegen den Landesentwicklungsplan“, wonach Windräder nur an windhöffigen Standorten zu konzentrieren seien.

Der Versuch des Investors, die Naturschutzverbände in ihren demokratischen Rechten beschneiden zu wollen, sei damit eindeutig gescheitert. „Windenergieanlagen an diesem völlig ungeeigneten Standort werden die Naturschutzverbände nicht zulassen“, erklärt BUND-Landesvorsitzender Harry Neumann. Gemeinsam würden in der Kuhheck geplante Windanla-

gen notfalls bis zum Europäischen Gerichtshof beklagt, sollte der Investor weiterhin an seinen Plänen festhalten. „Dafür haben wir einen Solidaritätsfond gegründet, der erforderliche finanzielle Mittel langfristig sicherstellt,“ betonen die BIsprecher Ilse Bracher und Torsten Schumacher. „In diesem Punkt stehen wir unverrückbar zusammen“, unterstreicht Roßbachs Ortsbürgermeister Wilfried Oettgen.

Darüber hinaus wird die Verbandsgemeinde Dierdorf aufgefordert, bei der Fortschreibung des Flächennutzungsplans die Kuhheck nicht weiter als Vorrangfläche für Windenergie zu betrachten. „Abschließend rufen wir die Bevölkerung dazu auf, auch künftig wachsam zu sein und sich für den Schutz der Horste, insbesondere der von Rotmilanen und Schwarzstörchen, einzusetzen.“